

Podemos
Die spanische Linkspartei driftet nach rechts und bekennt sich zum Militarismus.
➟ Seite 10-11



Brasilien
Die Regierung von Dilma Rousseff steckt in einer tiefen Krise.
➟ Seite 8-9



Website
Am 16. November startet die neue täglich aktualisierte Website!
➟ Seite 2

21
Nov/Dez 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Solidarität ist mehr als Hilfe!

Viele Menschen haben für Geflüchtete gespendet. Doch die rassistischen Gesetze werden trotzdem verschärft. Wie können wir die Rassist*innen im Staat und auf der Straße zurückschlagen?

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Alexej Geworkian, Stefan Schneider, Baran Serhad. **Layout:** Wladek Flakin, Max Karlmann.

ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



Pan y Rosas demonstriert gegen sexistische Gewalt in Madrid

International: Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas www.pts.org.ar
Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas www.mtsmexico.org
Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional www.lorci.org
Brasilien: Movimento Revolucionário de Trabalhadores www.palavraoperaria.org
Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios www.ptr.cl
Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo www.lts.org.ve
Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: Clase Contra Clase www.clasecontraclase.org
Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA www.ccr4.org
Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation www.klassegegenklasse.org

NR. 21 NOV/DEZ 2015

ONLINE LESEN…



Wem gehört der 9. November?
Hitler-Putsch, Pogromnacht, Mauerfall – doch der 9.11. ist auch ein Tag der Revolution



Polizei prügelt für die AfD
3.000 Gegendemonstrant*innen waren auf der Straße – 40 von ihnen wurden verhaftet.

KLASSEGEGENKLASSE.ORG

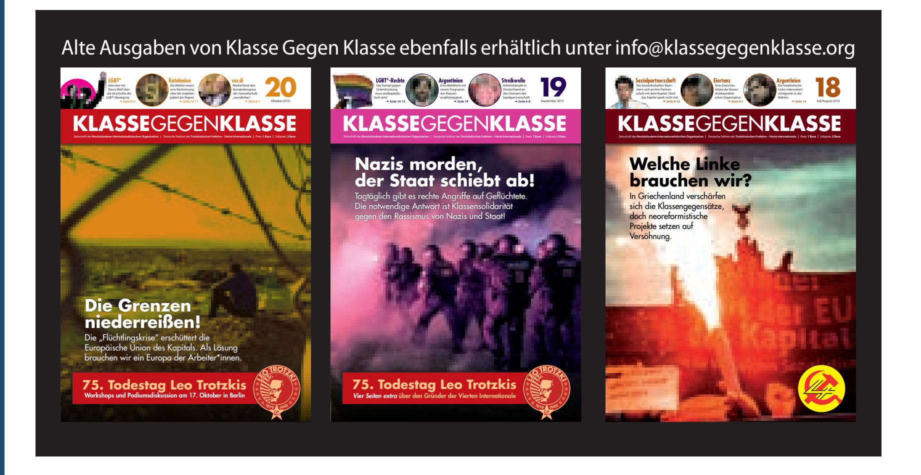


Ab dem 16. November wird unsere Website – als Teil eines internationalen Netzwerkes revolutionärer Tageszeitungen – täglich aktualisiert. Mit der neuen Website greifen wir die Erfahrung der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) auf, die in Argentinien, Brasilien, Mexiko, Chile, Frankreich und im Spanischen Staat digitale Tageszeitungen etabliert hat.

Diese Website soll ein Sprachrohr der kämpferischen Arbeiter*innen, der Jugend, der Frauen und LGBT* sowie der Geflüchteten und Migrant*innen werden. Sie soll auch ein aktives Medium sein: Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) stößt sie aus der Überzeugung heraus an, dass marxistische Ideen in immer breiteren Schichten der Arbeiter*innen und Jugendlichen verankert werden müssen.

Die neue Seite dient dem Ziel, Fortschritte im Aufbau einer revolutionären Partei zu machen, die im Kampf für den Kommunismus so dringend notwendig ist. Wir laden alle unsere bisherigen Leser*innen und all diejenigen, die wir im Aktivismus begleiten, dazu ein, uns bei diesem großen Schritt zu folgen und zu unterstützen.

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org





Solidarität ist mehr als Hilfe!

VON WLADEK FLAKIN

Angeblich war es der „Sommer der Solidarität": Für die Hunderttausenden Geflüchteten, die in den letzten Monaten Deutschland erreicht haben, gab es eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Menschen spenden Essen, Trinken, Kleidung, Deutschunterricht…

Doch der Sommer währte nur kurz: Der Diskurs der „Willkommenskultur" wich der Verschärfung der Asylgesetze. Die Regierung erleichterte Abschiebungen. Währenddessen entwickeln sich Pegida und Co. immer stärker zu einer protofaschistischen Bewegung mit Massencharakter. Gewaltsame Angriffe auf Geflüchtete und Unterkünfte häufen sich.

Angesichts der Zahl der Geflüchteten geben sich staatliche Stellen betont „überfordert". Kann das sein? Die Bundesrepublik ist ohne größere Mühe in der Lage, ferne Länder wie Afghanistan zu bombardieren und militärisch zu besetzen. Die Bereitstellung von Unterkünften, medizinischer Versorgung, Zugang zu Bildung und Arbeit – das sollte wirklich zu viel sein?

Ein erheblicher Teil dieses „Aufwands" besteht darin, bürokratische Hürden zu überspringen – die der Staat selbst geschaffen hat und problemlos überwinden könnte, indem zum Beispiel die langwierigen Asylverfahren zugunsten offener Grenzen abgeschafft werden würden. Teilweise stecken auch zynische Pläne rassistischer Poltiker*innen dahinter, die Bilder von chaotischen Unterkünften nutzen, um nationalistische Hetze zu betreiben.

Der deutsche Staat verweigert Hunderttausenden die humanitären Leistungen, zu denen er nach seinen eigenen Gesetzen verpflichtet wäre. Die Solidaritätsbewegung darf sich nicht darauf beschränken, diese Lücke zu schließen. Wir müssen politisch agieren, um den Staat zu zwingen, für die Geflüchteten zu sorgen.

Die niedrigen Löhne für Geflüchtete, die zur Diskussion stehen, sollen die Löhne von allen senken. Die Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen soll nur davon ablenken, dass es dank Privatisierungen ohnehin überall an Wohnungen für Arbeiter*innen und Jugendliche mangelt. An Stelle davon, uns chauvinistisch blenden zu lassen, müssen wir gemeinsam für würdige Bedingungen für alle kämpfen.

Unsere Antwort ist ganz einfach: Mit Waffenexporten, Militärinterventionen und der Ausplünderung der „dritten Welt" verdient das deutsche Kapital – und treibt damit Menschen in die Flucht. Jetzt muss das Kapital für die Kosten aufkommen!

Wir als Revolutionär*innen organisieren konkrete Solidarität mit den Geflüchteten, aber diese Solidarität richtet sich gegen die Kapitalist*innen und ihren Staat. Dazu schlagen wir ein Programm des politischen Kampfes vor, damit das Kapital die Kosten der Krise tragen muss:

Wohnen

★ Für die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt Lagern!
★ Für die Enteignung von leerstehendem Wohnraum, durch Komitees aus Geflüchteten, Arbeiter*innen und Jugendlichen!
★ Für den Bau von öffentlichem Wohnraum unter Kontrolle von Mieter*innen und Arbeiter*innen, finanziert durch die Enteignung der Immobilienhaie!
★ Keine Profitmacherei mit der Unterbringung der Geflüchteten!

Arbeiten

★ Uneingeschränktes Arbeitsrecht für Migrant*innen! Freier Zugang zu Schule, Studium und Ausbildung!
★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Keine Überausbeutung von Geflüchteten!
★ Reduzierung der Arbeitszeit, bei vollem Lohn, um sicherzustellen, dass es genug Arbeit für alle gibt!
★ Keine rassistische Spaltung dulden! Die Arbeiter*innenklasse ist eine und kennt keine Grenzen!

Gewerkschaften

★ Geflüchtete sind auch Lohnabhängige, deswegen müssen die Gewerkschaften sie organisieren!
★ Mit den Kampfmitteln der Arbeiter*innenbewegung für die Rechte der Geflüchteten eintreten – so können Pilot*innen und Flugbegleiter*innen Abschiebungen praktisch stoppen.
★ Geflüchtete brauchen keine Almosen, sie brauchen politischen Druck für ihre Rechte, wie sie bei der Besetzung des DGB-Hauses letztes Jahr in Berlin formuliert haben.

Rechten Terror stoppen!

★ Für breite Massenmobilisierungen gegen den rassistischen Mob!
★ Kein Vertrauen in die Polizei, die Antifaschist*innen jagt, während sie Verständnis für die „besorgten Bürger*innen" zeigt.
★ Stattdessen die selbstorganisierte Selbstverteidigung gegen Nazis durch Geflüchtete, Arbeiter*innen und Jugendliche!

Die Regierung bekämpfen!

★ Für einen vollständigen Abschiebestopp! Für offene Grenzen!
★ Gegen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr! Diese imperialistischen Interventionen treiben erst Menschen in die Flucht.
★ Für Versammlungen an Schulen, Universitäten und Betrieben, um die Situation zu diskutieren und Maßnahmen zu organisieren, um die Lebensbedingungen von allen zu verbessern!

Gegen den Kapitalismus!

★ Die Nationalstaaten mit ihren Grenzen stellen ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte dar. Der Kapitalismus muss zerschlagen werden zugunsten der demokratischen Kontrolle der Produktion durch alle Menschen. Ohne die Widersprüche zwischen den Kapitalblöcken würde es auch keine Kriege und keine Flucht geben.
★ Für eine weltweite sozialistische Räterepublik ohne Grenzen!

Abschiebungen stoppen!

VON TIMSEL SOMMER

637 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte in den ersten zehn Monaten diesen Jahres, Sprengstoffanschläge, Baseballschläger- und Messerattacken gegen Geflüchtete und Migrant*innen: Faschistischer Terror befindet sich hierzulande im Aufschwung. Es handelt sich dabei aber nicht um isolierte Grüppchen, sondern um die radikalsten Teile einer stärker werdenden Bewegung. An ihrem ersten Jahrestag brachte die Bewegung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) in Dresden 20.000 Menschen auf die Straße. Und auch in anderen Städten finden regelmäßig rechtspopulistische Aufmärsche statt, die Tausende anziehen.

Schon vor einem Jahr zog ein rassistischer Mob umher, die „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) – unter Führung vom Verfassungsschutz bezahlter V-Männer. Sie zündeten alles an, was nicht niet- und nagelfest war, und griffen antifaschistische Demonstrant*innen körperlich an. Aber HoGeSa wurde als Ausnahme begriffen, die darauf folgende Pegida-Bewegung als „besorgte Bürger" verharmlost. Doch nachdem Pegida zu Jahresbeginn aufgrund von Führungsstreitigkeiten abgeflaut war, wächst die Bewegung inmitten der „Flüchtlingskrise" massiv an und radikalisiert sich zudem noch.

Die Nähe zum Faschismus ist inzwischen offensichtlich: Die Goebbels-Sportpalastrede wird zitiert – die Frage, warum es momentan keine Konzentrationslager gibt, aufgeworfen. Journalist*innen („Lügenpresse") werden auf den Demonstrationen angegriffen – genauso wie antifaschistische Aktivist*innen. Die Geflüchteten wurden vom Münchner Ableger unlängst als „Holocaust am deutschen Volk" bezeichnet.

Der faschistische Mob von Heidenau stellt in diesem Zusammenhang die schärfste massenhafte Attacke der Rechten dar. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) ruft mit einem klar rassistischen Profil Woche für Woche zu Versammlungen in verschiedenen Städten auf und kann bei Wahlumfragen auf bis zu acht Prozent kommen.

Diese massive Zunahme des rechten Aktivismus – der physischen Gewalt sowie der Demonstrationen – findet in einem politischen Panorama der reaktionären Polarisierung statt. Die Täter*innen werden in der übergroßen Zahl der Fälle nicht verfolgt. Auf der anderen Seite gibt es eine verstärkte Repression gegen antifaschistische Aktivist*innen seitens des bürgerlichen Staates.

Gegenwehr gegen rechts?

Demgegenüber stagniert der linke Protest. Wo zu Jahresbeginn noch die Gewerkschaften groß zu den friedlichen Gegenprotesten mobilisierten und tausende Menschen auf die Straße brachten, ist der Gegenprotest aktuell größtenteils auf einen Kern linksradikaler Aktivist*innen beschränkt. Die brutale Niederschlagung der Geflüchteten-Bewegung durch den deutschen Staat tut ihr Übriges für eine gewisse Demoralisierung. Auch der dauernde autonome Versuch, die Massen durch radikale Aktionen zu ersetzen, ermüdet.

Doch es gibt Anzeichen für eine neue Gegenbewegung. Den größer werdenden Mobilisierungen der AfD stellen sich tausende, vor allem junge Menschen entgegen. Und am 19. November wird der vierte Refugee Schul- und Unistreik stattfinden, in Berlin und anderen Städten. In dessen Vorbereitung wurden an zahlreichen Schulen Streikkomitees gegründet, in denen sich Schüler*innen unabhängig für die Rechte der Geflüchteten organisieren. Ihre Aufgabe ist es, die Proteste über das Spektrum des linksradikalen Aktivismus hinauszubringen und die Debatte und Forderungen in breiten Schichten der Jugend zu verankern.



„Es gibt also mehr als einen Grund, gegen die herrschenden Verhältnisse zu protestieren." – *Interview mit Kofi Lumumba von der Revolutionär-kommunistischen Jugend (RKJ) auf unserer Website.*

Dabei müssen sie es auch schaffen, die breite Solidaritätsbewegung zu politisieren, die sich zu Beginn der neuen Konjunktur ankommender Geflüchteter entwickelte. Viele – gerade junge Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und einfache Bürger*innen – erklärten sich bereit, die Ankommenden mit Infrastruktur und allem Nötigen zu versorgen. Das tun sie aus der ernsthaften Überzeugung, den vom Staat missachteten Geflüchteten zu helfen. Viele Tausende überbrücken damit bedrohliche Notsituationen. Doch diese Aufgaben müssten in einem imperialistischem Land, wo es genug Essen, Trinken und Hygieneartikel gibt, eigentlich selbstverständlich vom Staat übernommen werden. Aber besonders für Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen, die potentiell nach kurzer Zeit wieder abgeschoben werden, macht der Staat deshalb selbst keinen Finger krumm.

Doch die Solidaritätsbewegung konfrontierte den Staat bisher weder damit, noch konnte sie die Asylgesetzverschärfung verhindern. Aber gerade die Regierung schürt und verstärkt das rassistische Klima.

Die vielen Fratzen des Imperialismus

Viele der hart erkämpften Errungenschaften, wie die Lockerung der Residenzpflicht oder die Einschränkungen von Sachleistungen, wurden durch die Verschärfung des Asylrechts mit einem Schlag wieder abgeschafft. Kosovo, Albanien und Montenegro wurden zu sicheren Herkunftsländern erklärt. In diese Staaten kann also schneller abgeschoben werden. Und das, obwohl das Kosovo Ende der 1990er Jahre vom deutschen Imperialismus besetzt wurde – noch immer sind mehrere hundert deutsche Soldat*innen dort stationiert, von insgesamt etwa 5.000 NATO-Soldat*innen.

Zusätzlich sollen mehr Polizist*innen zur Grenzsicherung eingestellt werden. Sogenannte Registrierzentren sollen geschaffen werden, in denen im Turbo-Verfahren abgeschoben werden soll und eine Residenzpflicht besteht. In Bayern werden Abschiebezentren für vom Balkan Geflüchtete errichtet, in denen in nur drei Wochen abgeschoben werden soll und die „Insass*innen" ohne Rechte sind. Und auch afghanische Geflüchtete sollen vermehrt abgeschoben werden.

Deutschland steht vor einer massiven Abschiebewelle. Für diese Asylrechtsverschärfung ist nicht nur CDU/CSU, sondern auch die SPD als Regierungspartei verantwortlich – ebenso wie die Grünen, die im Bundesrat dafür stimmten. Aber auch die Linkspartei trägt eine gewisse Mitschuld: Sie ermöglichte den schnellen Durchgang des Gesetzes im Bundesrat durch Enthaltung des Landes Thüringen, wofür sich sogar Unions-Politiker*innen bedankten. Wo sie in Regierungen sitzt, schiebt die Linkspartei selbst ab. Deshalb muss der Stopp aller Abschiebungen eine der zentralen Forderungen für den Gegenprotest sein.

Rassismus spaltet die Arbeiter*innen

Was die verabschiedeten Gesetze vor allem zementieren sollen, ist die Spaltung der Geflüchteten in „gute" Geflüchtete, die aus Kriegsgebieten kommen, und „unerwünschte", sogenannte Wirtschaftsgeflüchtete. Wer den Bomben gerade noch entkommen ist, darf also bleiben. Wer sich einfach nur ein besseres Leben erhofft, soll abgeschoben werden. Diese Polarisierung

Auf zum Schul- und Unistreik!

REFUGEES: Deutschland erlebt eine Welle des Rechtsterrorismus. Unterdessen wurde das Asylrecht drastisch verschärft, viele Errungenschaften der Refugee-Bewegung wurden zurückgenommen. Jetzt regt sich erneut organisierter Gegenprotest.

wird durch die jüngste Gesetzesverschärfung auf die Spitze getrieben: Während syrische Geflüchtete zu fast 100 Prozent als Asylberechtigte anerkannt werden, sollen Geflüchtete aus dem Balkan fast zu 100 Prozent abgeschoben werden.

Den Teil der Geflüchteten, der hier bleiben darf, möchte die deutsche Bourgeoisie als günstige Arbeitskräfte „verwerten". Überlegungen, den Mindestlohn für Geflüchtete auszusetzen, werden laut. Der Rassismus soll einmal mehr die Arbeiter*innenklasse spalten und zur Senkung des allgemeinen Lohnniveaus beitragen.

Darüber hinaus wird damit auch der imperialistische Zweck des Rumpf-Asylrechts deutlich. Denn „politische Verfolgung" gibt es in praktisch jedem Staat der Welt in mehr oder weniger großem Ausmaß. Doch politisches Asyl wird meist gerade Menschen aus Staaten gewährt, deren Politik nicht im Interesse der Bundesregierung und des deutschen Kapitals ist. So dient das Asylrecht gleichzeitig dazu, Druck auf diese Staaten aufzubauen und sich dadurch imperialistisch in sie einzumischen.

Mit dem Mörder Erdogan

Der deutsche Imperialismus will nun die Grenzen um Europa höher ziehen. Das heuchlerische humanitäre Antlitz des deutschen Regimes verbietet es momentan, selbst die Grenzen durch Zäune dicht zu machen oder wie nach Wunsch der AfD auf Geflüchtete zu schießen. Deshalb plant Deutschland, die Grenzen in den Süden und Osten zu „verlegen". So gibt es einmal Staaten, die selbst eine so reaktionäre Regierung haben, dass sie schon ohne Abkommen mit Deutschland einen durchgängigen Zaun gebaut haben. Andere Länder wie Österreich oder Slowenien planen dies nun auch. Mit anderen Staaten müssen Abkommen geschlossen werden.

Daher tritt die Bundesregierung in Verhandlungen mit der Türkei und schreckt nicht davor zurück, mit dem Mörder Erdoğan einen Pakt auszuhandeln. So soll die Türkei, die den Islamischen Staat (IS) unterstützt, viele Geflüchtete aufnehmen und von der Weiterreise nach Europa abhalten. Im Gegenzug soll es Zugeständnisse im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen geben.

Welche Gegenstrategie?

Die Hilfsbereitschaft vieler Menschen gegenüber Geflüchteten kann viele persönliche Schicksale verbessern, doch gegen die rassistische Politik des deutschen Staates und gegen die Rassist*innen auf der Straße bietet sie keine Antwort. Angesichts der Dimensionen des Problems bedarf es einer politischen Perspektive des Kampfes gegen die Regierung und die erstarkten rassistischen Parteien und Bewegungen, um eine Lösung für alle Geflüchteten zu finden. Im Gegenteil tragen besonders die reformistischen Parteien und NGOs dazu bei, die Solidarität in reine Almosen und humanitäre Gesten zu verwandeln und integrieren dabei einen Teil von Helfer*innen und Geflüchteten in das bürgerliche Regime. Sie verstärken Illusionen in die Reformierbarkeit des imperialistischen Staates. Ein klares Beispiel sind die Gewerkschaften: Zwar spenden sie Geld, jedoch organisieren sie die geflüchteten Kolleg*innen nicht. Stattdessen müssten sie für das vollständige Arbeitsrecht kämpfen und Versuche zurückschlagen, Lohnkürzungen durchzusetzen. Eine linke Gegenstrategie muss den Kampf gegen die rassistische Asylgesetzgebung und die Abschiebungen und für volle demokratische und soziale Rechte beinhalten.

Der Refugee Schul- und Unistreik am 19.11. muss ein weiterer Schritt sein, um auch die Gewerkschaften in den Kampf einzuspannen, und – ausgehend von den Lehren der letzten Monate – eine kämpferische antirassistische Bewegung in Gang zu setzen.



Kein Mindestlohn für Geflüchtete?

REFUGEES: Das deutsche Kapital streitet darüber, ob Geflüchtete gesetzlich vom Arbeitsprozess ausgeschlossen bleiben sollen. Die Arbeiter*innenklasse sollte darauf nur eine Antwort haben: gemeinsame Organisierung.

VON OSKAR HUBER

Im Münchner Hauptbahnhofviertel ist es ein gewohntes Bild: Tagelöhner*innen suchen auf den nach deutschen Dichtern benannten Straßen nach Arbeit. Viele von ihnen kommen aus den neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien, einige sind Geflüchtete. Sie werden von der Polizei drangsaliert, zeitweise wurden sie sogar gezwungen, Armbänder zur Markierung zu tragen. Von ihren Bossen werden sie nicht immer bezahlt, eine Versicherung gibt es sowieso nicht. Das Gewerkschaftshaus ist keine 100 Meter von den als „Arbeitsstrich" bezeichneten Straßen entfernt, wo die nackte Ausbeutung für die vielen Baustellen der Landeshauptstadt Tag für Tag beginnt.

In eben diesem Gewerkschaftshaus forderten 2013 Geflüchtete, die sich als „Non-Citizens" verstanden, das Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft. Bisher bundesweit abgelehnt, in Hamburg ausnahmsweise und „symbolisch" von ver.di praktiziert, bekommt die Mitgliedschaft für Geflüchtete und alle Menschen ohne „reguläre" Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse jetzt eine besondere Brisanz. Denn die CDU schlägt nun vor, den Mindestlohn teilweise aufzuheben und Geflüchtete offiziell zum Lohndrücken einzusetzen.

Ausschließen oder ausbeuten?

Schon länger interessiert sich ein Teil des deutschen Kapitals dafür, Geflüchtete besonders auszubeuten. So stellte die Deutsche Bahn 2013 im Kolonialstil Geflüchtete für 1,05 Euro die Stunde ein, um Fahrgästen beim Gepäck zu helfen. Was die bürgerliche Empörung über diese rassistische Frechheit ignorierte: Tatsächlich ist es ein riesiges Problem für Geflüchtete, dass sie oft nicht legal arbeiten dürfen. Diese Entrechtung bedeutet für sie eine erzwungene Entfernung von ihrer Klasse der Lohnabhängigen, deren Angehörigkeit ihre einzige potentielle Stärke ist.

Der TV-Ökonom Hans-Werner Sinn redete nicht lang drum herum: *„Wir fordern also eine Agenda 2020, die die Idee der Schröderschen Reformen noch einmal aufgreift und verstärkt, um den Arbeitsmarkt flexibel zu machen für Aufnahme der die vielen gering-qualifizierten Menschen, die jetzt kommen." [sic]* Das deutsche Kapital soll die Chance nutzen und sich schnell eine billige Reservearmee an Arbeiter*innen mit eingeschränkten Rechten zulegen. Der ideale Moment für die Fortsetzung der „Agenda"-Politik, die die Prekarisierung einer Generation von Leiharbeiter*innen



Geflüchtete tragen Gepäck für 1,05 Euro die Stunde

und Gemaßregelten bedeutete, ergänzt durch den Lohndruck von entrechteten Tagelöhner*innen aus der EU.

Doch ausgerechnet der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Carsten Linnemann (CDU), hält dagegen. Er befürchtet eine „Sogwirkung" auf Arbeiter*innen im Ausland, die sehen, dass sie in Deutschland legal arbeiten dürfen. Dann würden noch mehr „aus wirtschaftlichen Gründen" – Unionssprech für „unerwünscht" – nach Deutschland kommen. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ulrich Grillo argumentiert genauso: *„Wenn jetzt die Stimmung aufkommt, die Flüchtlinge werden bevorzugt, die nehmen uns was weg: Das ist ganz gefährlich."*

Das Kapital ist also noch uneins: Geflüchtete als Mehrwertproduzent*innen zum Sondertarif einsetzen oder die Grenzen auch der Betriebstore geschlossen halten? Welche Antwort auch immer die Regierung mit den Unternehmensverbänden auskartelt, sie wird weder im Interesse von Arbeiter*innen mit noch von denen ohne Pass sein. Unterdessen läuft die chauvinistische Propaganda auf Hochtouren: Viele chronisch unterfinanzierte Kommunen, denen aus Standorterwägungen Geld aus den Umsatzsteuern der Kapitalist*innen fehlt, drohen mit der Schließung von Schul- und Freizeiteinrichtungen, *„weil wegen der Flüchtlinge das Geld fehlt"*.

Gemeinsame Organisierung

Es ist die Eigenart der Bourgeoisie, dass sie nicht existiert, ohne *„die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren"* (Marx). Es ist eine „altehrwürdige", also reaktionäre, Vorstellung, dass Geflüchtete in erster Linie Schutzbefohlene treuer deutscher Hilfeleistender wären. Die Regierung verteilt und entzieht im Bund mit philantropischen NGOs ein deutsches „Gastrecht". Allen ist aber bekannt, dass „Gäste sich als Gäste zu verhalten" haben – so hören wir es seit Jahrzehnten aus den Unionsparteien und längst auch aus der SPD. Also nichts verlangen und wieder gehen – in beiden Fällen hilft die Regierung nach, durch Repression und Abschiebung.

Die altehrwürdige Vorstellung der*des passiven Geflüchteten muss angesichts der Realität und der Pläne des deutschen Kapitals verdampfen. Tatsächlich sind Geflüchtete keine Gäste und keine Bittsteller*innen. Sie sind ein Teil der internationalen Arbeiter*innenklasse, der leben möchte und zwar nicht schlechter als alle anderen. Sie sind handelnde Subjekte, die ihre Arbeitskraft anbieten müssen, um ein menschenwürdiges Leben zu bekommen. Und genau darin liegt ihre Stärke, wenn sie vereint als Arbeiter*innen auftreten, und gewerkschaftlich organisiert beispielsweise höhere Löhne und Arbeitszeitsenkung bei vollem Lohnausgleich für alle – zur Milderung der Konkurrenz untereinander – fordern könnten.

Der gemeinsame Streik gegen Prekarisierung und Abschiebung ist die einzig realistische und konkrete Antwort der Arbeiter*innenklasse auf die Spaltungen, die die deutsche Bourgeoisie jetzt zwischen „Citizens" und „Non-Citizens" treibt. Denn der „Pass im Kopf" deutscher Gewerkschaftsbürokrat*innen nützt nur den Ausbeuter*innen.

Wir zahlen nicht für euren Abgasskandal!

VOLKSWAGEN: Schadensersatzklagen, Absatzeinbußen und mögliche Entlassungen – der VW-Abgasskandal zieht immer weitere Kreise. Die Kapitalist*innen wollen jetzt die Arbeiter*innen die Zeche zahlen lassen.

VON TIMSEL SOMMER

Um 3,5 Milliarden Euro ist der Wert des Volkswagen-Konzerns im dritten Quartal 2015 eingebrochen. Auch der Titel als weltweit größter Autohersteller ist nun erstmal weg. Viele Schadensersatzklagen erwarten den Konzern. Dazu kommen teure Rückrufaktionen und Montagekosten. In einigen Staaten ist die Zulassung für die manipulierten Dieselmotoren bis auf weiteres untersagt worden und in vielen anderen könnten durch staatliche Aufsichtsmaßnahmen weitere Kosten entstehen.

Konzernpläne

Die Konzernspitze strebt an, die Kosten des Skandals auf die Beschäftigten abzuladen, um die eigenen Gewinne hochzuhalten. In zahlreichen Ländern wie in Mexiko, Argentinien und Brasilien fanden schon Entlassungen an VW-Standorten statt. In Deutschland wurde neben einem Einstellungsstopp in einigen Werken die Produktion gedrosselt. Auch die Haushaltssperren in zahlreichen „Autostädten" wie Wolfsburg, Braunschweig oder Ingolstadt (Audi) bedeuten Einschnitte für die Bevölkerung dieser Städte.

Doch eine Beschäftigungsgruppe soll am meisten bluten: die Leiharbeiter*innen. Diese Arbeiter*innen, die zwar bei VW arbeiten, aber nicht von VW ihren Lohn bekommen, sollen nicht mehr übernommen werden. Außerdem prüft die Bundesregierung, ob auch für Leiharbeiter*innen Kurzarbeiter*innengeld gezahlt werden kann. Bisher ist das nicht möglich. Das Kurzarbeiter*innengeld ist ein Mittel der Kapitalist*innen, ihre Gewinne auf Kosten der Arbeiter*innen hochzuhalten. So wird die Arbeitszeit der verringerten Produktion angepasst und das Gehalt dementsprechend heruntergefahren. Die Differenz zwischen gewöhnlichem und dem geringeren Gehalt zahlt die Bundesagentur für Arbeit. Dieses Mittel wurde schon in der Weltwirtschaftskrise 2009 eingesetzt. Damit subventioniert der Staat direkt jene Unternehmen, die Lohnkürzungen gegen ihre Arbeiter*innen durchsetzen.

Die Pläne der Konzernspitze wurden den Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung mit über 20.000 Teilnehmer*innen durch „ihre" Vertreter*innen vorgestellt, angeführt vom Gesamtbetriebsratsvositzenden und Aufsichtsratsmitglied Bernd Osterloh. Doch die Grenzen dieser Bürokrat*innen werden schnell deutlich: *„Generell halten wir es für eine gute Initiative, wenn auch Kolleginnen und Kollegen mit Leiharbeitsverträgen zur Überbrückung schwieriger Situationen einbezogen werden. Wir sind der Bundesregierung dankbar, dass sie die Arbeitnehmer bei Volkswagen im Auge behält, die diese Krise nicht verursacht haben. Wir hoffen, der VW-Vorstand ist sich dessen auch bewusst"*, sagt der Betriebsratssprecher. Kein Wort gegen die Spaltung der Beschäftigten oder vom Kampf gegen den Angriff auf die Beschäftigung, sondern vollstes Vertrauen in das Unternehmen und die ihm folgende Regierung.

Gewerkschaften klüngeln

Der Aufsichtsrat der Volkswagen AG besteht aus 20 Personen, von denen zehn von den Bossen gestellt werden und zehn von den sogenannten Arbeitnehmervertreter*innen. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, das operative Geschäft des Vorstandes zu überwachen. Unter anderem ist seine Aufgabe, die Top-Manager*innen des Konzerns zu wählen, die im Durchschnitt 6,5 Millionen Euro im Jahr verdienen. Der kürzlich gefeuerte Martin Winterkorn strich jährlich satte 14,5 Millionen Euro ein. Aber dem stehen die Gewerkschaftsbürokrat*innen nicht unbedingt nach. Der ehemalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall (IGM) Bertold Huber beispielsweise erhielt für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat im Jahr 2011 589.000 Euro. Damit werden sie zu zahmen Handlanger*innen der Unternehmer*innen in den Reihen der Arbeiter*innenbewegung.

Zwar ist vielen die „Mitbestimmung" ein Dorn im Auge. So wettert der neoliberale Professor für Arbeitsrecht Volker Rieble gegen diese Vertreter*innen, weil Gewerkschafter*innen in einem solchen Gremium nichts verloren hätten. Doch im Grunde wissen die Chefs, wie sie auf die Gewerkschaftsbürokrat*innen zählen können, um die Verluste auf die Beschäftigten abwälzen zu können. So setzten die Arbeitnehmervertreter*innen schon in der Krise 2009 die Gehaltskürzungen durch die Kurzarbeit mit durch.

In kaum einem anderen Konzern ist die Kollaboration der Bürokrat*innen mit den Bossen so offensichtlich. Diese Schicht von Bürokrat*innen muss verjagt werden, um die Abwälzung der Kosten des Skandals auf die Beschäftigten zu verhindern. Auch zeigt das Beispiel von VW einmal mehr, dass es notwendig ist, das Gehalt von hauptamtlichen Funktionär*innen auf den durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn zu begrenzen und alle wichtigen Entscheidungen in demokratischen Versammlungen zu treffen, die die Hauptamtlichen jederzeit abwählen können.



Der Gigant

VON STEFAN SCHNEIDER UND PETER ROBE

Massendemonstrationen für und gegen die Regierung der „Arbeiter*innenpartei" (PT). Warnungen vor einem Militärputsch. Rufe nach *impeachment* (Amtsenthebung) der Präsidentin.

Die Stimmung im lateinamerikanischen Giganten Brasilien war in den letzten Monaten extrem aufgeheizt. Die vor knapp einem Jahr wiedergewählte Präsidentin Dilma Rousseff wurde in kurzer Zeit zur unbeliebtesten Präsidentin der Geschichte des Landes. Das liegt vor allem an dem Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Öl- und Gaskonzern Petrobras, in den vor allem die PT, aber auch ihr Koalitionspartner PDMB und die neoliberale Oppositionspartei PSDB, sowie die Spitzen der größten Bauunternehmen verwickelt sind. Diese politische Krise wird begleitet von der schärfsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.

Denn der einstige Wirtschaftsmotor Lateinamerikas wird heute vom Ende des Booms der Rohstoffpreise, sowie vom verlangsamten Wachstum der chinesischen Wirtschaft hart getroffen. Für dieses Jahr erwarten Expert*innen einen Rückgang des BIPs von 2,3 Prozent. Damit verlangsamt sich die brasilianische Ökonomie im fünften Jahr in Folge. Alleine die Petrobras-Affäre soll die Wirtschaft um einen Prozentpunkt verlangsamt und zu 50.000 Entlassungen in der Bauindustrie geführt haben.

Seit Jahresbeginn wurde eine Million Arbeiter*innen gefeuert, die Inflation schießt in die Höhe und die brasilianische Währung *Real* verlor über 40 Prozent ihres Wertes im Vergleich zum Dollar. Und die Regierung setzt mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie Kurzarbeit in der Autoindustrie durch, die die Konzerne für Lohnkürzungen belohnt. All diese Entwicklungen treffen die Arbeiter*innenklasse hart.

Scharfe Regierungskrise

Daraus entsteht die schärfste Krise, die die PT-Regierung seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2003 erlebt hat. Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage hat allerdings einen widersprüchlichen Einfluss auf die Situation: Die großen Kapitalist*innen, die hinter der rechten Opposition stehen, suchen die Einheit mit der Regierung für ein Programm von Sparmaßnahmen und Kürzungen, um diese Krise auf die Arbeiter*innenklasse und die armen Massen abzuwälzen.

Die rechte Opposition und die bürgerlichen Medien wollten die Regierungskrise für ihre Zwecke ausnutzen und schürten deshalb eine Kampagne für ein Amtsenthebungsverfahren. Im Frühjahr brachten sie so über eine Million Menschen gegen die Regierung auf die Straße. Manche Stimmen forderten sogar einen Militärputsch. Aktuell besteht jedoch ein fragiles Gleichgewicht zwischen der Opposition und der Regierung, getragen von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Antwort der Bourgeoisie auf die Wirtschaftskrise.

Von unten wird dieses fragile Gleichgewicht bedroht von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die jederzeit neuen Widerstand der Massen gegen die Maßnahmen der Regierung hervorbringen kann. Damit bleibt die im Juni 2013 eröffnete Etappe – das Ende des Zyklus der „progressiven" PT-Regierung – weiterhin bestehen. Der wichtigste Vermittlungs- und Stabilitätsfaktor des brasilianischen Regimes, nämlich die „Arbeiter*innenpartei", wankt.

Kampfprozesse im ganzen Land sorgen für eine breite Politisierung, dennoch ist der Klassenkampf nicht auf der Höhe der Krise. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass die regierungstreue Gewerkschaftsbürokratie der CUT und anderer Gewerkschaften weiterhin die Kontrolle behalten. Gleichzeitig zeigen aktuelle Streikbewegungen wie die der Arbeiter*innen von Petrobras für mehr Lohn und gegen die Privatisierung, dass die Situation explosiv werden könnte.

Links von der Regierung

Angesichts der Krise der PT entsteht links von der Regierung ein breiter Raum für Politisierung. Deshalb erließ die Regierung gemeinsam mit der Opposition eine restriktive Reform des politischen Systems, mit der Parteien der Arbeiter*innen die Teilnahme an Wahlen enorm erschwert wird. Vieles sprach in den letzten Monaten dafür, dass die PSOL („Partei Sozialismus und Freiheit"), ein reformistisches Wahlbündnis, von der Krise der PT profitieren könnte. In der Tat versuchen ihre führenden Sektoren sich jedoch immer stärker von links an die PT anzubiedern und mit ihr ein klassenversöhnlerisches Programm durchzusetzen.

So baut die PSOL-Mehrheit nun eine gemeinsame Front mit Regierungssektoren auf: die „Front des Volkes ohne Angst" („Frente Povo Sem Medo", FPSM) unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie der CUT. Bei ihrer ersten Sitzung Ende Oktober beschloss die FPSM eine Kampagne gegen den erzkonservativen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Eduardo Cunha von der PDMB, der stark in den Petrobras-Skandal verwickelt ist. Gleichzeitig reden sie aber überhaupt nicht mehr von der PT und Dilma Rousseff, die Sparmaßnahmen und antidemokratische Reformen durchsetzt.

Wenn die PSOL weiterhin in der FSPM bleibt, entscheidet sie sich für einen Pakt mit der PT. Damit verliert die PSOL immer mehr ihre Eigenschaft, eine klar abgegrenzte Strömung links von der Regierung zu sein. Die PSOL muss deshalb schnellstmöglich mit dieser Politik brechen und sich aus der FPSM zurückziehen.

Die zweite große Gruppe links von der Regierung ist die „Vereinigte Sozialistische Arbeiter*innenpartei" (PSTU), die die größte regierungskritische Gewerkschaft CSP Conlutas anführt. Sie wird zwar als unabhängig von der Regierung und verbunden mit den Kämpfen angesehen. Doch beschränkt sie sich auf eine syndikalistische Ausrichtung und kann die Anti-PT-Stimmung deshalb auf der politischen Ebene genauso wenig kanalisieren.

Welche Antwort auf die Krise?

Demgegenüber ist es dringend notwendig, einen klassenkämpferischen Pol aufzubauen und auf der Straße und in den Betrieben der PT-Regierung entgegenzutreten. Anstatt

in der Krise

BRASILIEN: Die einstige Hoffnungsträgerin der Schwellenländer befindet sich in einer scharfen wirtschaftlichen und politischen Krise. Während die Regierung immer stärker gegen die Arbeiter*innen vorgeht, mobilisiert die rechte Opposition auf den Straßen gegen Präsidentin Dilma Rousseff. Welche Antwort muss die revolutionäre Linke geben?

vor dem vermeintlich „geringen Übel" zu kapitulieren und sich Pro-Regierungs-Sektoren wie der CUT-Bürokratie anzubiedern, gilt es, eine von der Regierung und den Rechten unabhängige politische Kraft der Arbeiter*innen aufzubauen. Ein solcher alternativer Pol könnte zu unabhängigen Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen aufrufen und die CUT-Gewerkschaften dazu auffordern, mit der Regierung zu brechen und einen Kampfplan gegen die Kürzungen aufzustellen.

Angesichts der Korruptionsskandale und des Vertrauensverlustes in die politische Kaste sind auch radikaldemokratische Forderungen zentral, wie die Begrenzung der Löhne aller politischen Funktionär*innen auf den durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn, die ständige Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionär*innen, die Ersetzung des Zweikammersystems durch ein einheitliches Parlament, die Abschaffung des Präsidentenamts und die Forderung nach einer freien und souveränen verfassungsgebenden Versammlung. Diese Forderungen ermöglichen den Massen, eine Erfahrung mit der bürgerlichen Demokratie zu machen und beinhalten gleichzeitig Grundlagen einer alternativen Staatsmacht der Arbeiter*innen, wenn sie mit einer Perspektive der Machtübernahme der mobilisierten Arbeiter*innenklasse verbunden werden.

Eine revolutionäre Alternative

Unsere brasilianische Schwesterorganisation, die „Bewegung Revolutionärer Arbeiter*innen" (MRT), tritt für diese Perspektive ein. Eine neue Generation von kämpferischen Arbeiter*innen, Jugendlichen, Frauen und LGBT*-Menschen hat in und mit der MRT in der letzten Periode wichtige Erfahrungen machen können.

Sie intervenierten bei zentralen Arbeitskämpfen wie dem langen Streik der nicht-akademischen Beschäftigten der Universität São Paulo, bei Volkswagen, General Motors oder den Lehrer*innen von São Paulo und Paraná. Gleichzeitig organisieren sie die klassenkämpferische feministische Gruppierung *Pão e Rosas*, die kürzlich bei einem Treffen über 400 Frauen und LGBT*-Menschen zusammenbrachte. Ihre digitale Tageszeitung *Esquerda Diário* (Teil des lateinamerikanischen Netzwerkes von linken Tageszeitungen *La Izquierda Diario*) wurde innerhalb von wenigen Monaten zur größten Website der brasilianischen Linken und verwandelte die MRT zu einem landesweiten Bezugspunkt innerhalb der Avantgarde der Arbeiter*innen und Linken.

Um einen weiteren Schritt zur Beeinflussung einer sich politisierenden und radikalisierenden Avantgarde zu gehen, hatten die Delegierten des MRT-Kongresses vor einigen Monaten beschlossen, mit einem Programm für einen revolutionären Pol in die PSOL einzutreten. Da sich die PSOL als eine breite Wahlfront definiert, die offiziell offen für alle sozialistischen Tendenzen ist, sahen die Genoss*innen der MRT eine Möglichkeit, für die eigene strategische und programmatische Perspektive zu kämpfen und die landesweite Bekanntheit der PSOL auszunutzen, um neue Arbeiter*innen und Jugendliche zu erreichen.

Der aktuelle Pro-Regierungs-Kurs der PSOL macht diese Perspektive jedoch zunichte. Nachdem die MRT ihr Eintrittsgesuch stellte, hatte sich eine große Welle der Unterstützung von zahlreichen Intellektuellen, gewerkschaftlichen Aktivist*innen, Abgeordneten, politischen Strömungen und hunderten Basisaktivist*innen entwickelt. Die PSOL-Leitung verwehrte der MRT jedoch den Eintritt als Organisation, während sie gleichzeitig kein Problem damit hat, Mitglieder bürgerlicher Parteien in ihre Reihen aufzunehmen. Sie entlarvt damit einerseits ihre eigene klassenversöhnlerische Politik und zeigt andererseits, wie sehr sie sich vor einer wirklichen revolutionären Alternative fürchtet.

Diese kann jedoch nur darin bestehen, das Ende des Zyklus' der PT konsequent mit einer Politik des Klassenkampfs und des Aufbaus einer unabhängigen Kraft der Arbeiter*innen und der revolutionären Jugend gegen die falsche Wahl zwischen Regierung und rechter Opposition zu beantworten.

Podemos driftet

NEOREFORMISMUS: Vor einem Jahr gründete sich Podemos als neue linke Partei im Spanischen Staat. Die politische Mäßigung, auf der Suche nach der politischen „Mitte", führt aktuell zum Scheitern. Doch auch die Idee einer Rückkehr zum „Podemos der Ursprünge" hat ihre Grenzen.

VON DIEGO LOTITO

Ein Jahr nach der Gründungsversammlung von Podemos in Vista Alegre erschienen zahlreiche Reportagen über den kurzen, aber intensiven Werdegang der neuen Formation. Die Blickwinkel sind sehr unterschiedlich, doch alle weisen auf die krasse politische Entwicklung hin, die Podemos in nur zwölf Monaten durchmachte: Eine Mäßigung, die soweit geht, dass das Gründungsprogramm nun unvereinbar mit der aktuellen Ausrichtung der Partei ist. Aktuell zielt Podemos auf die Eroberung der politischen „Mitte" als Hauptachse ihrer Strategie.

Diese Tatsache erinnert uns an ein traurigerweise bekanntes und oft angewendetes Theorem aus der argentinischen Politik: das „Baglini-Theorem". Dieses Konzept wurde 1986 von dem konservativen Abgeordneten Raúl Baglini formuliert. Es besagt, dass der Grad der „Verantwortung" einer Partei oder ihrer politischen Leitfiguren proportional zu ihrer Nähe zur Macht ist. Die „Verantwortung" wird hier in einem bürgerlichen Sinne verstanden, es handelt sich also um eine „Staatsverantwortung". Anders ausgedrückt: Je näher sie an der Macht ist, desto konservativer wird die Partei.

Im Falle von Podemos und ihrem Generalsekretär Pablo Iglesias trifft dieses „Theorem" voll zu. Iglesias wurde immer konservativer, als er glaubte, sich auf der Überholspur hin zur Regierungsübernahme zu befinden. Doch wie wir wissen, scheiterte dieses Projekt. Das letzte Stimmungsbarometer von eldiario.es räumt Podemos nur noch bescheidene zehn Prozent der Stimmen ein.

Nach links und rechts

Die Strategie von Podemos, wie sie eins zu eins von ihrer Führungsfigur vorgegeben wurde, geht nicht auf. Auf ihrem Weg in die „Mitte" verloren sie Stimmen nach rechts, an die neue konservative Partei *Ciudadanos* (Bürger*innen) und die sozialdemokratische PSOE, die eine enorme Widerstandskraft gegen ihren Niedergang als Partei des Regimes bewies. Und sie verloren Stimmen nach links, da sich breite Schichten der Bevölkerung enttäuscht von der neuen Partei abwandten.

Die Frage ist: Was nun? Verschiedene Sektoren innerhalb von Podemos schlagen mehr oder weniger kritisch vor, zum „Podemos der Ursprünge" zurückzukehren. So drückte es vor einigen Tagen die Generalsekretärin der Partei in Andalusien, Teresa Rodriguez, aus. Sie meinte, die Partei müsse *„zurück zu den Wurzeln gehen, als sie ein Werkzeug zum Empowerment der Bevölkerung war"*.

„Tausende Zirkel organisierten sich innerhalb weniger Monate, um Politik zu machen wie in der 15M-Bewegung", sagte Rodriguez, führendes Mitglied der Gruppe *Anticapitalistas*, weiter. Dabei versucht sie einen schwierigen Balanceakt zwischen ihrer Kritik an der Podemos-Führung und ihrer vollständigen Unterordnung unter dieselbe (die soweit ging, dass sich ihre alte Organisation, *Izquierda Anticapitalista*, in Podemos auflöste).

Gibt es einen primitiven Ursprung, zudem man zurückgehen könnte, um Podemos in eine Organisation zu verwandeln, die die dringenden Forderungen der Arbeiter*innen und Massen erkämpfen kann? Wie Alejandro Arias schrieb, lassen sich einige positive Elemente aus der Entstehungszeit von Podemos herausziehen, „wie die politische Organisierung breiter Bevölkerungsschichten, nicht nur von Aktivist*innen, sondern auch von Sektoren, die vorher passiv waren". Doch dieses „Podemos der Ursprünge" war die Grundlage für das aktuelle Podemos, das sich nicht heute, sondern schon vor einem Jahr konsolidierte. Auch damals wurde, bis auf seltenste Ausnahmen, das politische Projekt von Pablo Iglesias nie infrage gestellt.

In der Krise

Ein Jahr nach der Versammlung in Vista Alegre befindet sich das Projekt an sich in der Krise: Die „populistische Hypothese" oder, noch schlimmer, die Ablehnung der Notwendigkeit einer organischen Verbindung mit der Arbeiter*innenklasse und dem Klassenkampf als Motor tiefgreifender sozialer Veränderungen; die Überbewertung des Diskurses (und des Fernsehens) als Erschaffer von „Kräfteverhältnissen"; die mangelnde politische Klarheit als Methode und die Wiederbelebung des sozialdemokratischen Credos als Programm; die bürokratische Zentralisierung einer Partei aus Sympathisant*innen, die für die „Medien-Politik" und nicht für den Aktivismus organisiert sind; die passive Integration in die liberale Demokratie und die Annahme ihrer Legalität und Spielregeln.

Jeder kritische Blick auf den aktuellen Kurs von Podemos macht eine Infragestellung des gesamten Projektes, seiner Führung, seines Programms und seiner politischen Strategie nötig. In diesem Sinn wird diese Strategie auch aus einem „autonomen" Blickwinkel angegriffen. Ein Ausdruck davon ist die kürzlich öffentlich gewordene Kritik von Emmanuel Rodríguez nach der Implosion von *Ahora en Común*, einem Wahlbündnis aus Basisinitiativen und politischen Gruppierungen unter der Schirmherrschaft der reformistischen Partei „Vereinigte Linke" (IU):

„Den anfänglichen Erfolg von Podemos kann man nicht ohne den Motor der 15M-Bewegung und ihre demokratisierende Energie verstehen", schreibt Rodríguez. Das Problem sei gewesen, dass die „Partei-Form" (Podemos) auf die Bewegung (15M) gestülpt wurde. Es sei nötig gewesen, diese Bewegung weiter hin zu *„einer ‚Allianz der Bürger*innen' mit einem gemeinsamen Programm für einen verfassungsgebenden Prozess"* zu entwickeln.

Das Problem an dieser Sichtweise ist, dass Podemos aus einer Dynamik heraus entstand, in der die „Empörten" als demokratische Bewegung sich nicht an die Arbeiter*innenklasse als grundlegende Verbündete wandten – sie gingen nicht „von den Plätzen in die Betriebe". Damit beschränkten sie sich auf eine Infragestellung der politischen Formen des Staates.

Podemos blieb also ein Nebenprodukt der Blockade eines möglichen Anstiegs des Klassenkampfes. Dieser Anstieg kam nicht zu Stande – dies lag zu großen Teilen an den reformistischen Parteien und besonders an den bürokratischen Führungen der Gewerkschaften. Dadurch erstarkte Podemos in dem Grade, in

nach rechts

dem die soziale Mobilisierung und der Klassenkampf abnahmen. Sie war sogar aktiv an der Passivisierung beteiligt.

Bewegung und Partei

Der Gegensatz zwischen „Bewegung“ und „Partei“ ist nicht hilfreich, sondern birgt das Risiko eines Rückschrittes von der „politischen Illusion“ hin zur ursprünglichen „sozialen Illusion“.

Nicht der Kampf gegen die „Herrschaft der Parteien“ ist notwendig, sondern der Aufbau einer neuen Form von Partei, die demokratisch, revolutionär, antikapitalistisch und organisch in der Arbeiter*innenklasse und den Massen verankert ist. Eine Partei, die – während sie die Grenzen der neoreformistischen Varianten aufzeigt – zum Aufbau von Organen der Selbstorganisierung der Massen beiträgt, die die Macht und das Eigentum der Kapitalist*innen hinterfragt, also die sozialen Beziehungen angreift, die den Staat aufrecht erhalten. Das ist der einzige Weg, einen ernsthaft „verfassungsgebenden Prozess“ zu eröffnen, in dem „alles diskutiert wird, um alles zu ändern“.

Wir erinnern daran, dass im Laufe der Geschichte diese Organe der direkten Demokratie (Sowjets, Räte, Koordinierungen) außerhalb der Institutionen des kapitalistischen Staats entstanden sind und diese mit ihrer eigenen Legitimität konfrontierten, anstatt sich in sie zu integrieren und sie „zu verwalten“.

Nach acht Jahren kapitalistischer Krise wird es langsam Zeit, dass eine neue revolutionäre und antikapitalistische politische Hypothese stärker wird, die eine subversive Beziehung zwischen den sozialen Bewegungen und der Partei aufbaut. Die Partei muss ihren Einfluss unter den Arbeiter*innen und Massen ausbauen, indem sie die Bewegung selbst vorantreibt, revolutionäre Fraktionen in den Gewerkschaften und Massenorganisationen gründet und die Selbstorganisierung und die Einheitsfront im Klassenkampf organisiert.

Könnte diese neue Hypothese im Spanischen Staat mittelfristig an Gewicht gewinnen? Das wird sich zeigen. Doch mit Sicherheit ist es die einzige realistische Hypothese, um „den Himmel zu erstürmen“.

zuerst veröffentlicht am 21. Oktober bei IzquierdaDiario.es



Generalsekretär Pablo Iglesias

Pablo Iglesias‘ Bekenntnis zum Militarismus

Im Wahlkampf kündigte Pablo Iglesias an, dass eine bekannte Persönlichkeit Teil der Podemos-Liste sein wird. Doch es handelte sich nicht etwa um eine*n Vertreter*in sozialer Bewegungen, sondern um den ehemaligen Generalstabschef der spanischen Armee!

José Julio Rodríguez war zu Amtszeiten hinter dem König Juan Carlos, dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Luis Rodríguez Zapatero und der damaligen Verteidigungsministerin Carmen Chacón die Person mit dem größten Einfluss auf die imperialistischen Einsatzkräfte.

Inhaltlich steht er für eine „Modernisierung der Streitkräfte“, weshalb Iglesias in ihm den richtigen Mann sieht, um die Armee „zu demokratisieren“. Die Benennung fand kurz vor dem Besuch des NATO-Chefs Jens Stoltenberg statt, der die NATO-Übung „Trident Juncture“ beobachtete.

Dieses Bekenntnis zur NATO und der spanischen Armee lassen die letzten fortschrittlichen Züge von Podemos verblassen und stellen einen neuen Sprung in ihrer politischen Mäßigung dar. Die interne Opposition um die Gruppe *Anticapitalistas* (ehemals *Izquierda Anticapitalista*, Sektion des Vereinigten Sekretariats) bekennt ihre Treue zur rechten Führung und unterstützt die Benennung im Sinne der „Pluralität“. Im gleichen Atemzug erkannte ihre Vorsitzende Teresa Rodriguez die Notwendigkeit an, die beschlossenen Verträge zwischen dem Spanischen Staat und der NATO einzuhalten.



José Julio Rodríguez – General a.D. und Spitzenkandidat von Podemos

„Lernen, das Leben durch die

FEMINISMUS: Beim „Trotzki-Tag" gab es einen Workshop über die Relevanz des Trotzkismus für feministische Politik. Die Teilnehmer*innen beschäftigten sich mit der Lage der Frauen in der Sowjetunion und den Konsequenzen für feministische Politik heute.

VON LILLY FREYTAG

Der Kampf gegen Frauenunterdrückung ist ein zentraler Bestandteil revolutionärer Politik. Die Fragen der Frauenpolitik führen sehr schnell zu den wichtigen strategischen Fragen des Marxismus. Das war auch sichtbar in dem Workshop über Feminismus und Trotzkismus beim „Trotzki-Tag". Einerseits wurde über die Situation der Frauen nach der Oktoberrevolution diskutiert, andererseits über trotzkistische feministische Politik heute. Cynthia Lub von der sozialistischen Frauenorganisation *Pan y Rosas* (Brot und Rosen) im Spanischen Staat berichtete über konkrete Erfahrungen ihrer Gruppe und ordnete sie in einen theoretischen Kontext ein. *Pan y Rosas* gibt es auch in Argentinien, Mexiko, Brasilien, Chile und Bolivien.

Absterben der Familie

Nach der Oktoberrevolution wurden wichtige Fortschritte für Frauen beschlossen: Männer und Frauen wurden rechtlich gleichgestellt – auch innerhalb der Ehe. Die zivilrechtliche Ehe wurde eingeführt und damit der Kirche entrissen. Die Scheidung wurde möglich und etwas später auch die Abtreibung legalisiert. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wurde festgeschrieben und es gab Bestrebungen, Frauen in die Produktion zu integrieren. Diese Errungenschaften waren selbst nach heutigen Maßstäben revolutionär. Gleichzeitig ist klar, dass gleiche Rechte noch nicht gleiche Stellung im Leben bedeuten – vor allem unter den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die in der Sowjetunion damals herrschten.

Die Perspektive der Politik in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution zielten auf das Absterben der Kleinfamilie ab. Die Hausarbeit sollte nach und nach vergesellschaftet werden, um die menschlichen Beziehungen von allen Formen des Zwangs zu befreien und die Familie durch neue Formen des Zusammenlebens zu ersetzen. Dazu bedurfte es einer bewussten Anstrengung, aber auch angemessener ökonomischer Bedingungen. Trotzki sagte dazu: *„Der Weg der neuen Familie ist also ein doppelter: a) kulturelle Erziehung der Klasse und der Persönlichkeit in der Klasse und b) materielle Bereicherung der zum Staat organisierten Klasse. Diese beiden Prozesse sind eng miteinander verknüpft."*

Materielle Grundlagen

In den ersten Jahren – in der Zeit des sogenannten Kriegskommunismus während des Bürger*innenkriegs – wurden viele Aufgaben vergesellschaftet, indem beispielsweise öffentliche Speiseanstalten und Wäschereien eingerichtet wurden. Dies erwuchs unter anderem aus der Notwendigkeit, die Versorgung der Menschen während einer Zeit des Mangels und der Hungersnöte sicherzustellen. Um die darniederliegende Wirtschaft wiederzubeleben wurde dann 1921 die Neue Ökonomische Politik eingeführt, die aus der Einführung gewisser Marktmechanismen bestand. Sie hatte vor allem für Frauen negative Auswirkungen: Die einzelnen Fabriken mussten nun wirtschaftlich arbeiten und entließen massenhaft Leute – die Frauenarbeitslosigkeit schoss überproportional in die Höhe.

Zur gleichen Zeit war ein realer Prozess der Destabilisierung im Gange: Das neue Scheidungsrecht, die antiklerikale Propaganda und die Umwälzung alter Strukturen in Land und Stadt führten zu einer enorm hohen Scheidungsrate, auch im internationalem Vergleich. Das hatte teils desaströse Folgen für Frauen, vor allem für Arbeitslose und Hausfrauen, in einer Gesellschaft die eigentlich davon ausging, dass alle arbeiten. Es führte aber auch zu Problemen für neue Partner*innen geschiedener Männer. Getrennt lebende Eltern waren dazu verpflichtet, Unterhalt für Kinder zu zahlen. Meistens betraf es Männer, die aufgrund der Niedriglöhne kaum in der Lage waren, eine Familie zu ernähren, geschweige denn zwei. Diese Situation drückte sich in einem Anstieg der Anzahl der Straßenkinder – die es vor allem zu Zeiten des Bürger*innenkriegs massenhaft gab – und der Prostitution aus.

Die Bedeutung des Unterhalts zeigt, dass der Staat noch nicht reich genug war, die Aufgaben, die vorher in der Familie organisiert wurden, zu übernehmen. So konnten die Abhängigkeit von der Familie und die Unterdrückung nicht sofort überwunden werden. Die Ideale der Revolution stießen an die harten Tatsachen der ökonomischen Rückständigkeit.

Gleichzeitig wurde die Frage der Frauenemanzipation immer wieder diskutiert und das Ideal der Auflösung der Kleinfamilie nicht einfach aufgegeben. Trotzki beispielsweise argumentierte im Jahr 1923, dass beim Häuserbau die Bedürfnisse von Menschen, die gemeinschaftlich außerhalb der Kleinfamilie zusammenleben, mitberücksichtigt werden müssten. Weder vom allgemeinen Bewusstseinsstand noch von den materiellen Bedingungen war für ihn die Zeit gekommen, ein solches Zusammenleben für alle zu garantieren: Nichtsdestotrotz war er gleichzeitig von der Wichtigkeit von „vorbildlichen Lebensgemeinschaften", deren Erfahrungen irgendwann zu verallgemeinern wären, überzeugt.

Rückschritte im Stalinismus

Viele der Errungenschaften der Oktoberrevolution für die Frauen wurden von der stalinistischen Bürokratie wieder zurückgenommen. Die Abtreibung wurde wieder verboten, die Gleichstellung verheirateter und unverheirateter Frauen in Bezug auf Unterhalt abgeschafft und die Scheidung wieder erschwert. Als Begründung wurde nicht die ökonomische Notwendigkeit angeführt, sondern die alte Familienideologie wiederbelebt. Die Familie, von der es vorher hieß, dass sie absterben müsste, wurde nun zur *„kleinsten Zelle der sozialistischen Gesellschaft"* und es wurde ein Lied auf die „Mutterfreuden" gesungen.

Doch es ging noch viel weiter, als es die ökonomische Lage erforderte. Trotzki schrieb dazu: *„Das gebieterischste Motiv für den heutigen Familienkult ist zweifelsohne das Bedürfnis der Bürokratie nach einer stabilen Hierarchie der gesellschaftlichen Beziehungen und nach der Disziplinierung der Jugend durch 40 Millionen Stützpunkte der Autorität und der Macht."*

Für die Frauen der Bürokratie selbst waren viele Probleme der Frauenunterdrückung derweil gelöst, weil sie sich auf die Arbeit von Hausangestellten stützen konnten – laut Trotzki hatten fünf bis zehn Prozent der Haushalte Hausangestellte. Ihre Lebenssituation hat nichts mit der Lebenssituation der Allgemeinheit zu tun. Diese „Lösung" der Frauenfrage für die Bürokratie beruhte sogar auf der Weiterexistenz der Frauenunterdrückung für die große Masse der Frauen.

Augen der Frauen zu sehen“

Lehren für heute

Für uns kann die Situation nach der Oktoberrevolution zur Illustration davon dienen, was alles möglich gewesen wäre. Es zeigt sich, dass unter den Bedingungen des Privatbesitzes an Produktionsmitteln bestimmte Errungenschaften gar nicht denkbar sind, die hier auf einmal möglich erschienen. Wir können hier lernen, dass wir uns im Kampf um die Befreiung von geschlechtlicher Unterdrückung gegen den Kapitalismus organisieren müssen. Aber wir sehen auch, dass die Frauenbefreiung noch nach der Revolution bewusster Anstrengungen bedarf.

Wie sehr sich Frauenunterdrückung und Kapitalismus ergänzen und wie sehr der Kapitalismus die Frauenunterdrückung immer wieder neu erschafft, wurde in den letzten Jahren auch bei den Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich: Frauen sind in einem besonderen Ausmaß von ihr betroffen. Sie werden immer stärker in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen.

Ein krasses Beispiel für Diskriminierung am Arbeitsmarkt ist der Fall der Arbeiterin Vicky bei Telefónica im Spanischen Staat. Ihr wurde gekündigt, weil sie schwanger war. Dies ist kein seltener Einzelfall. Und er ordnet sich ein in eine Reihe von Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsmarkt: Sie verdienen weniger als Männer, werden in schlecht bezahlte Berufe gedrängt und haben sehr viel schlechtere Aufstiegschancen. Die unbezahlte Hausarbeit von Frauen wird unter anderem durch diese ökonomische Ungleichbehandlung immer wieder sichergestellt. Ein Teufelskreislauf, denn die Belastung von Frauen durch die Hausarbeit wird immer wieder gerne als Grund für die Diskriminierung angeführt – wie zum Beispiel bei Vicky und anderen Arbeiterinnen bei Telefónica.

Selbstorganisierung und Klassenkampf

Für den Kampf gegen den Kapitalismus und für die Frauenbefreiung ist die zentrale Aufgabe von Revolutionär*innen das Zusammenbringen der Frauenbewegung und der Arbeiter*innenbewegung. Dabei muss immer wieder die verräterische Rolle des Stalinismus aufgezeigt werden, der dazu beigetragen hat, diese beiden Bewegungen voneinander zu trennen – eine Trennung, die nur den Interessen der herrschenden Klasse dient.

Um das zu erreichen, müssen die Unterdrückten sich selbst organisieren. In Argentinien treibt *Pan y Rosas* deswegen mit der Gründung von Frauenkommissionen in den Universitäten, Gewerkschaften und Betrieben die Selbstorganisierung voran. Auch aus dem Spanischen Staat gibt es ein eindrucksvolles Beispiel: *Pan y Rosas* unterstützte hier einen monatelangen Streik in der Fabrik Panrico. Sie diskutierten vor allem mit den Frauen über ihre Probleme als Arbeiterinnen und als Frauen. Diese Diskussionen führten unter anderem dazu, dass die streikenden Frauen eine führende Rolle in ihrem Arbeitskampf einnahmen – aber auch dazu, dass sie als streikende Arbeiterinnen auf den Demonstrationen der Frauenbewegung sichtbar wurden. Damit politisierte sich die Rolle der Frauen in ihrem Kampf und es wurde eine Perspektive aufgezeigt, die über den ökonomischen Kampf hinaus ging. So erklärten die Arbeiterinnen von Panrico, wie Abtreibungsverbote sie als Proletarierinnen treffen würden. Und sie betonten die Zentralität der Solidarität, als sie bei einer Kundgebung gegen transphobe Übergriffe auf eine chilenische Aktivistin teilnahmen.

Hier wird auch deutlich, dass sich ein klassenkämpferischer Feminismus nicht auf die Unterstützung von Frauen in Streiks beschränkt. Er muss die gesamte Realität der Unterdrückung, die Frauen täglich erleben, in den Blick nehmen. Denn die Diskriminierung und Ausbeutung am Arbeitsplatz reiht sich ein in eine lange Liste von Aggressionen, die Frauen erfahren und die ihre Körper und ihr Leben kontrollieren.

Im Spanischen Staat drückt sich das zum Beispiel gerade in einer enormen Welle von Morden an Frauen aus. Allein in diesem Jahr wurden bisher 72 Frauen ermordet. Außerdem erfahren Frauen Gewalt in Form von Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen, ebenso wie von Abtreibungsverboten durch den Staat. Die Gewalt wird teils auch gar nicht mehr als solche wahrgenommen, weil sie so „normal“ und alltäglich geworden ist. Sie findet statt in „Mikromachismen“ und Schönheitsnormen, Alltagssexismus und Verhaltensregeln für Mädchen und Frauen.

Auf all diese verschiedenen Formen der Gewalt müssen Revolutionär*innen Antworten geben. Die Aktivistinnen von *Pan y Rosas* setzen ihre Selbstorganisierung gegen diese Aggressionen – so starteten sie einen Kampagne gegen Frauenmorde, in der sie auch die Rolle des Staates und der Polizei thematisierten. Oder sie informieren darüber, welche Gewalttätigkeit Schönheitsnormen besitzen, in wessen Interesse sie existieren und was sie im Leben von (jungen) Frauen bedeuten.

Und *„auch zur LGBT*-Bewegung hat der Trotzkismus einiges beizutragen“*, wie ein Teilnehmer beim Workshop betonte. So entstand diese Bewegung unter anderem in Opposition zum Stalinismus. Wenn Geschlecht als soziale Kategorie irgendwann irrelevant oder sogar aufgelöst werden soll, dann geht das nur in einer freien, klassenlosen Gesellschaft. Auch hier ist also eine Strategie der Überwindung des Kapitalismus notwendig – und kann nur überzeugend mit einer Analyse des Stalinismus sein, die aufzeigt, dass die bürokratische Degenerierung erst die homophobe Haltung des „Realsozialismus“ erzeugt hat.

Wichtige Erfahrungen in diese Richtung macht die brasilianische Gruppe *Pão e Rosas*, die im August ein Treffen von über 400 LGBT*-Menschen und Frauen im Gewerkschaftshaus der U-Bahner*innen von São Paulo organisierte. Viele von ihnen waren Arbeiter*innen, sie diskutierten über die Erfahrungen aus ihren Kämpfen und den Aufbau einer revolutionären Alternative für alle LGBT*-Menschen und Frauen.



Pan y Rosas *in Argentinien*

Seine Ideen leben weiter

TROTZKI-TAG: Am 25. Oktober diskutierten 100 Menschen die Ideen Leo Trotzkis.

Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Florian Wilde, Michael Koschitzki, Stefan Schneider, Moderator Max Karlmann, Tobi Hansen und Cynthia Lub.

Weitere Berichte vom Trotzki-Tag auf unserer Website:

Einheitsfrontdebatte statt bürgerlicher Lichterkette

Neoreformismus vs. Trotzkismus

Video-Clip: ***youtu.be/ZSIXfTLaqCQ***

VON WLADEK FLAKIN

„Wie kaum eine andere Strömung transportiert der Trotzkismus das Erbe, das Denken und die strategischen Perspektiven des revolutionären Marxismus, der Oktoberrevolution und der frühen III. Internationale in die Gegenwart." So würdigte Florian Wilde, Aktivist und ehemaliges Vorstandsmitglied der Linkspartei, zu Beginn der Podiumsdiskussion die Bedeutung der Ideen Leo Trotzkis.

Der Russische Revolutionär wurde vor 75 Jahren in seinem mexikanischen Exil ermordet. Die sowjetische Bürokratie unter Josef Stalin fürchtete Trotzki, der eine führende Figur der Oktoberrevolution von 1917 gewesen war, wie sonst nichts auf der Welt. Für die privilegierten Bürokrat*innen, welche die Revolution gekapert hatten, genauso wie für die Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, stand der Name Trotzki für die proletarische Revolution. Und deswegen leben seine Ideen auch 75 Jahre nach diesem Mord weiter.



Beim „Trotzki-Tag" am Samstag in Berlin kamen fast 100 Menschen zusammen, um über die Ideen des russischen Revolutionärs zu diskutieren. Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) hatte ein ganztägiges Programm mit Workshops zu verschiedenen Themen vorbereitet: Antifaschismus, Feminismus und die permanente Revolution. Dabei ging es aber keineswegs um eine rein historische Perspektive: Die Frage lautete immer, was wir aus dem politischen Erbe Trotzkis lernen können, um in der heutigen Welt eine revolutionäre Alternative zur kapitalistischen Krise aufzubauen.

Gescheitert?

„Gescheitert" sei der Trotzkismus, so Wilde in einem bewusst provokanten Redebeitrag zu Beginn der Podiumsdiskussion. In den letzten 75 Jahren seien trotzkistische Strömungen nie zu einer Massenkraft geworden. Viele Redner*innen widersprachen dieser Einschätzung. *„Was gescheitert ist, ist der Neoreformismus"*, entgegnete zum Beispiel Cynthia Lub aus Barcelona von der Gruppe *Clase contra Clase*: In jüngerer Zeit erleben wir, wie „neue" linke Hoffnungsträger*innen wie Syriza in Griechenland oder Podemos im Spanischen Staat mit ihrem neoreformistischen Konzept an der harten Realität des Kapitalismus scheitern. Ausgerechnet der Trotzkismus bietet eine Alternative dazu, so Lub weiter.

Als konkretes Beispiel dafür dient die Front der Linken und Arbeiter*innen in Argentinien, die bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Oktober mehr als drei Prozent der Stimmen erhielt. Die FIT kann mit einem klar revolutionären Profil Millionen Arbeiter*innen und Jugendliche erreichen – Revolutionär*innen müssen sich also nicht an reformistische Projekte klammern, um mit den Massen zu reden.

Doch die FIT ist nicht vom Himmel gefallen: Die drei trotzkistischen Gruppen, die diese Front bilden, haben sich eine breite Verankerung in den kämpferischen Sektoren der Arbeiter*innenklasse erkämpft – und nutzen die Tribüne des Parlaments dafür, die Kämpfe der Klasse voranzutreiben. Die PTS, Schwesterorganisation von RIO, ist Teil der FIT und stellte die Spitzenkandidat*innen für die Wahl. Per Video gab es Grußbotschaften vom Präsidentschaftskandidaten Nicolás del Caño, der „rote Grüße" in deutscher Sprache schickte, und von der Vizepräsidentschaftskandidatin Myriam Bregman.

Auch in den Pausen und am Ende des Tages wurde intensiv diskutiert, in großen und kleinen Gruppen. Zur Verpflegung stand veganes Essen bereit. Bis spät in die Nacht hinein gab es Austausch zwischen Veteran*innen, die auf mehr als vier Jahrzehnte in der revolutionären Bewegung zurückblicken, und sehr jungen Aktivist*innen.

International

Bemerkenswert war die internationale Zusammensetzung des Publikums: Gäste kamen aus der Türkei, Brasilien, Marokko, Griechenland und vielen anderen Ländern. Auch viele politische Strömungen waren vertreten, darunter die Sozialistische Alternative (SAV), die Gruppe Arbeitermacht und Revolution, Marx21, die Berliner Jugend-Antifa und Antarsya. Aus einer Reihe von Großbetrieben kamen Arbeiter*innen, die einen eigenen Workshop über Trotzkis Ideen zu Gewerkschaften veranstalteten.

Dass die Ideen Trotzkis auch heute noch viele Feind*innen haben, zeigte ein Graffiti, welches in der Nacht vor der Veranstaltung in den Hofeingang gesprüht wurde: *„Lang lebe der Genosse Stalin!"*

Die auf dem Podium vertretenen trotzkistischen Gruppen betonten bei allen Differenzen die Notwendigkeit, in zentralen Fragen des Klassenkampfes eine gemeinsame Antwort zu entwickeln. Besonders deutlich zeigte sich das in den Beiträgen zur sogenannten „Flüchtlingskrise". Michael Koschitzki (SAV) sagte: *„Wir brauchen eine sozialistische Alternative gegen die rechte Hetze und massenhafte Gegenwehr."*

Plan I

Zum Abschluss betonte Stefan Schneider (RIO) die Notwendigkeit einer Alternative im Sinne eines proletarischen Internationalismus. Lafontaine und Mélenchon fordern unter dem Namen „Plan B" einen linken Souveränismus, der nichts anderes als die Rückkehr zum nationalen Kapitalismus ist. Dagegen forderte Schneider einen „Plan I" (I für Internationalismus), der der falschen Alternative zwischen Pro-EU-Reformismus und linkem Souveränismus eine internationalistische proletarische Perspektive entgegensetzt.

Als Teil dieses Plan I wird es im Dezember eine internationale Konferenz in Paris geben, welche von RIO und anderen internationalen Organisationen aus dem Spanischen Staat und Frankreich vorangetrieben wird. Diese wird versuchen, Antworten im Sinne des internationalen Proletariats gegen die Angriffe und Krisen der Kapitalist*innen zu geben.

Am 20. Oktober erschienen.

Fortsetzung von Seite 16 ➲

und Jugend an vorderster Front. Wenn es zu Repressionen seitens der Polizei kam, standen die Abgeordneten der FIT – und besonders der PTS – mit auf der Barrikade. Aus den dutzenden Arbeitskämpfen, die die FIT-Kandidat*innen unterstützten, sticht vor allem der Kampf bei dem Autozulieferer Lear im Jahr 2014 heraus: Der Abgeordnete Nicolás del Caño (PTS) konnte dort Aufmerksamkeit erregen, da er vor laufender Kamera von einem Gummigeschoss der Polizei getroffen wurde.

Lehren aus der Wahl

Der erneute Wahlerfolg der FIT widerspricht der reformistischen Illusion, eine linke Partei müsse ein breites Programm haben und keinen direkten Konflikt mit der Bourgeoisie eingehen, um im Parlament eine bessere Stellung zu erobern. Im Gegenteil: Die FIT hat sich aus den Arbeitskämpfen und Massenmobilisierungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten herauskristallisiert und durch einen konsequenten und kühnen gemeinsamen Kampf ihre Stimmen erworben. Dabei geht es nicht bloß um die Steigerung der Stimmenanzahl, sondern auch um die Frage, auf welcher Grundlage dies geschieht. Syriza konnte zur stärksten Kraft im griechischen Parlament werden, aber dafür musste sie sogar ihr reformistisches Minimalprogramm aufgeben. Für die FIT ist das Parlament demgegenüber kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur strategischen Machteroberung der Arbeiter*innenklasse.

Selbstverständlich profitiert die FIT von einer Regierungskrise des Kirchnerismus, der in der Phase der Weltwirtschaftskrise immer weiter nach rechts rückte und frühere populistische Versprechen brach. So entzog er den Arbeiter*innen ihre Rechte und griff ihre Demonstrationen an. Besonders in dieser Phase entstand eine neue Generation kämpferischer Arbeiter*innen, die mit der FIT gemeinsame Erfahrungen machten.

Die beiden Kandidaten der Bourgeoisie, Daniel Scioli und Mauricio Macri, gehen in die Stichwahl um das Präsidentschaftsamt. Die FIT ruft dazu auf, bei der Stichwahl ungültig zu wählen, da beide Kandidaten neoliberale Angriffe gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten durchsetzen werden.

Klassenunabhängigkeit

Im Gegensatz zu neoreformistischen Projekten wie Syriza und Podemos, die das kapitalistische System „demokratisieren" wollen, vertritt die FIT ein Programm der Klassenunabhängigkeit in der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus. Sie kämpft für die Selbstorganisierung der Arbeiter*innen und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat. Um der Gewerkschaftsbürokratie die materielle Basis zu entziehen, fordert sie, dass Funktionär*innen direkt gewählt werden und einen durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn erhalten. Sie lehnt die Staatsschulden ab, die nichts anderes als Schulden der Kapitalist*innen sind. Sie kämpft für die entschädigungslose Verstaatlichung der Banken, des Bergbaus, der Industrie, des Verkehrs und des Landbesitzes unter Kontrolle der Arbeiter*innen. Sie kämpft gegen die Prekarisierung.

Im Bereich der Frauenpolitik sticht die FIT deutlich hervor: Als einzige Kraft tritt sie für das Recht auf freie, kostenlose und sichere Abtreibung ein. Dies ist besonders wichtig, da in Zeiten eines Rechtsrucks die Rechte der Frauen als erste angegriffen werden.

Auch in der Umweltpolitik war die FIT die einzige Alternative: Unter der bisherigen Regierung (und wohl auch unter der nächsten) dürfen imperialistische Konzerne das Land rücksichtslos ausplündern. So hat das kanadische Unternehmen Barrick Gold ein Leck von zehntausenden Litern Zyanid und Quecksilber in der Mine „Veladero" im Bundesstaat San Juan zu verantworten. Das ist nur ein Beispiel unter vielen, wie halbkoloniale Länder zerstört werden. Daher stellt sich die FIT auch gegen die Tagebauförderung, sowie gegen das Fracking.

Selbstverständlich schürt die FIT keine Illusionen darin, diese Forderungen allein im Parlament umsetzen zu können. Ihre parlamentarische Arbeit unterscheidet sich deutlich von den reformistischen Kräften, die ihr Hauptaugenmerk auf den Parlamentarismus legen. Die Sitze der FIT stehen im Dienste der Kämpfe der Arbeiter*innen und Unterdrückten.

Arbeiter*innen, Lehrer*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Frauen und Jugendliche, die in den letzten Jahren harte Kämpfe angeführt haben, kandidierten auf den Listen der FIT, um ihre Kämpfe ins Parlament zu tragen. Dabei behalten die Abgeordneten der FIT von ihren Diäten nur den Lohn einer*s Lehrerin*s. Der Rest fließt in eine Streikkasse, um Arbeitskämpfe im ganzen Land auch materiell zu unterstützen.

Debatten innerhalb der FIT

Gleichwohl ist das Programm der FIT nicht revolutionär, da es zwar eine Arbeiter*innenregierung und den Sturz des Kapitalismus fordert, aber die Frage des bewaffneten Aufstands und der Diktatur des Proletariats umgeht. Die FIT ist eben ein Wahlbündnis aus drei Parteien, welche (zum Teil) unterschiedliche Strategien vertreten.

Nicolás del Caño und Myriam Bregman wurden Spitzenkandidat*innen der FIT,



Die FIT und ihr Spitzenkandidat Nicolás del Caño (PTS) zum Abschluss des Wahlkampfes.

nachdem die beiden führenden Mitglieder der PTS sich in den Vorwahlen im August gegen die Kandidat*innen von PO und IS durchsetzen konnten. Damals war es nicht möglich gewesen, eine einheitliche Kandidatur aufzustellen. Hintergrund war, dass PO und IS eine Aufweichung der Klassenunabhängigkeit der FIT durch die Einbindung populistischer Kräfte befürworteten. Die Kandidat*innen der PTS zeigten mit ihrem Wahlerfolg auf, dass die Stärkung der FIT nicht in ihrer programmatischen Verwässerung besteht, sondern in der Schärfung ihres klassenkämpferischen Profils durch die Einbindung von kämpferischen Aktivist*innen.

Die FIT streitet für eine *„Arbeiter*innenregierung auf Grundlage der Mobilisierung der Ausgebeuteten und Unterdrückten"* Dabei geht es nicht um die Übernahme des bürgerlichen Staates, wie es Syriza praktiziert hat – das endete mit einem Verrat an der Arbeiter*innenklasse. Eine Arbeiter*innenregierung zielt auf die Konfrontation mit der Bourgeoisie ab und strebt nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates. Dafür treibt sie den Aufbau von Selbstverteidigungs- und Selbstverwaltungsorganen der Arbeiter*innen voran, um die politische Macht zu erobern. In der FIT gehen die Debatten um den konkreten Weg dorthin weiter. Für uns ist klar: Geht die FIT weiterhin den Weg der Klassenunabhängigkeit, wird eine solche Konfrontation unvermeidlich sein.



DEBATTEN IN DER FIT

Jimena Vergara: Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien: Eine Debatte zur Idee der "breiten Parteien"

Matías Maiello: Programmatische Debatten in der Front der Linken und Arbeiter*innen

Zu lesen auf: **www.klassegegenklasse.org**

KLASSEGEGENKLASSE
Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Wie die Revolutionär*innen eine Million Stimmen bekamen

ARGENTINIEN: Die Front der Linken und Arbeiter*innen (FIT) hat sich bei den Wahlen Ende Oktober als viertgrößte Kraft konsolidiert. Welche Lehren können wir daraus ziehen?

VON ALEXEJ GEWORKIAN UND BARAN SERHAD

2011 war ein Jahr großer Hoffnungen. Mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus versammelten sich die Menschen auf öffentlichen Plätzen, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Vom Tahrir in Kairo über den Syntagma in Athen bis zum Zuccotti Park in New York wurden Rufe nach einer Alternative laut. Der sogenannte „Arabische Frühling" begann mit Massenmobilisierungen gegen Diktaturen. Im europäischen Raum – besonders in Griechenland und Spanien – protestierten Menschen gegen die Spardiktate des Europa des Kapitals.

Doch jetzt, vier Jahre später, liegen diese Hoffnungen in Trümmern: Im Nahen Osten herrscht die Konterrevolution und im europäischen Raum haben die neoreformistischen Kräfte wie Syriza oder Podemos die Massen im Dienste des Kapitals demobilisiert. Doch nicht überall ist das so passiert: Auch wenn die politische Situation in Argentinien in den letzten Jahren viel stabiler war, etablierte sich hier ein klassenkämpferisches Phänomen. In Argentinien bildeten drei trotzkistische Organisationen – die Partei Sozialistischer Arbeiter*innen (PTS), die Arbeiter*innenpartei (PO) und die Sozialistische Linke (IS) – eine gemeinsame Wahlfront, die in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. Wie lässt sich der Aufstieg der FIT erklären?

Der Aufschwung

Die Präsidentschaftswahlen Ende Oktober brachten einen enormen Rechtsruck – zwei rechte Kandidat*innen schafften es in die Stichwahl Ende November. Dennoch konnte die FIT ihre Stimmen im Vergleich zu den letzten Präsidentschaftswahlen 2011 bedeutend steigern. Damals waren es etwas über 500.000 Stimmen, diesmal circa 800.000. Es handelt sich um das beste Ergebnis einer linken Kraft bei Präsidentschaftswahlen seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1983. Damit konsolidierte sich die FIT als viertstärkste Kraft im Land, in klarer Abgrenzung zu allen bürgerlichen Parteien, sowie in Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie.

Zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen wurde auch ein Teil des Kongresses gewählt. Hier konnte die FIT über eine Million Stimmen erzielen und mit Néstor Pitrola (PO) einen vierten Abgeordneten in den Kongress entsenden.

Die FIT konnte diese Erfolge erreichen, weil sie sich auf eine militante Kampagne von tausenden Aktivist*innen in Betrieben, Universitäten und Schulen stütze. Seit Jahren stehen die Kräfte der FIT bei den Kämpfen der Arbeiter*innen, Frauen

Fortsetzung auf Seite 15 ➲

